

<b>I. ERSTER TEIL: EINFÜHRUNG.....</b>	<b>10</b>
<b>A. Qualifikation des Untersuchungsgegenstandes: Das Gewerberecht.....</b>	<b>10</b>
<b>B. Gang der Untersuchung .....</b>	<b>12</b>
<b>II. ZWEITER TEIL: DAS DEUTSCHE GEWERBERECHT -HISTORISCHE ENTWICKLUNG .....</b>	<b>13</b>
<b>A. Der Wandel der Wirtschaftsordnung: Vom Merkantilismus zum Liberalismus .....</b>	<b>13</b>
1. Grundideen des Liberalismus.....	13
2. Wirtschaftliche Neuordnung im Liberalismus .....	14
3. Ablösung des Absolutismus.....	15
<b>B. Die Gewerbefreiheit in Deutschland: Preußen als Vorreiter.....</b>	<b>17</b>
<b>C. Vom Gewerbesteueredikt zur Gewerbeordnung .....</b>	<b>18</b>
<b>D. Die Gewerbefreiheit im Industriezeitalter.....</b>	<b>20</b>
1. Der erste Weltkrieg .....	20
2. Die Weimarer Republik .....	20
3. Der Nationalsozialismus .....	22
4. Nachkriegswirtschaft .....	22
<b>E. Heutige Wirtschaftsverfassung und Regelungsinhalt der Gewerbeordnung.</b>	<b>23</b>
<b>III. DRITTER TEIL: DAS EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSRECHT .....</b>	<b>24</b>
<b>A. Die wirtschaftliche Grundkonzeption der Europäischen Union .....</b>	<b>25</b>
4. Gegenstand des Europäischen Wirtschaftsrechts.....	25
5. Der Gemeinsame Markt und das Binnenmarktkonzept .....	26
a) Die Etablierung des Gemeinsamen Marktes .....	26
b) Das Binnenmarktkonzept.....	27
c) Differenzierung der Begriffe „Binnenmarkt“ und „Gemeinsamer Markt“.....	29
6. Die Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union .....	31
a) Grundbekenntnis zur Marktwirtschaft .....	32
b) Bereiche der Intervention.....	33
c) Mixed Economy .....	34
7. Materiellrechtliche Prinzipien des europäischen Wirtschaftsmodells: Die vier Marktfreiheiten .....	35
a) Diskriminierungsverbot .....	36
b) Versteckte Diskriminierung .....	37
8. Umsetzung des Binnenmarktkonzepts .....	38
a) Beseitigung von Handelshemmnissen .....	39

b)	Rechtsangleichung.....	39
(1)	Unterschiedliche Begrifflichkeiten.....	40
(2)	Methoden der Rechtsangleichung.....	40
(3)	Instrumente der Rechtsangleichung.....	42
(4)	Rechtsgrundlagen für die Rechtsangleichung.....	42
(5)	Rechtsfolgen der Angleichung.....	43
c)	Einbeziehung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung in das Konzept der Rechtsangleichung.....	44
(1)	Verankerung des Anerkennungsprinzips.....	45
(2)	Gegenseitige Anerkennung nationaler Standards aufgrund sekundärrechtlicher Verpflichtungen.....	46

**B. Auswirkung der europäischen Wirtschaftsvorgaben speziell auf das deutsche Gewerberecht bezogen.....47**

1.	Allgemeine Funktionen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit.....	47
2.	Anwendungsbereich und Wirkung der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit.....	48
a)	Verbotsadressaten und Privatrechtswirkung.....	48
b)	Art der staatlichen Maßnahmen.....	48
c)	Sachverhalte mit Gemeinschaftsbezug.....	48
d)	Gefahr der Inländerdiskriminierung.....	49
3.	Niederlassungsfreiheit, Art. 42 ff EGV.....	49
a)	Ausformung der Niederlassungsfreiheit.....	49
b)	Persönlicher und räumlicher Anwendungsbereich.....	50
c)	Niederlassungsformen.....	51
4.	Liberalisierung im Bereich der Niederlassungsfreiheit.....	51
5.	Dienstleistungsfreiheit, Art. 49 ff EGV.....	52
a)	Der Dienstleistungsbegriff.....	52
b)	Sachlicher Anwendungsbereich.....	53
c)	Persönlicher Anwendungsbereich.....	54
d)	Unmittelbare Anwendbarkeit der Dienstleistungsfreiheit.....	54
e)	Diskriminierungsverbot.....	54
6.	Liberalisierung im Bereich der Dienstleistungsfreiheit.....	57

**IV. VIERTER TEIL: DAS DEUTSCHE GEWERBERECHT IM LICHT DES GEMEINSCHAFTSRECHTS..... 58**

**A. Gewerbefreiheit für „jedermann“..... 60**

**B. Der Berufszugang im Handwerk..... 61**

1.	Zielsetzung der Handwerksordnung.....	61
2.	Besonderheiten im deutschen Handwerkswesen.....	62
3.	Der dynamische Handwerksbegriff.....	64

**C. Der Meistertitel als Befähigungsnachweis..... 65**

1.	Vereinbarkeit des Großen Befähigungsnachweises mit der Berufsfreiheit .....	65
a)	Ausnahmebewilligung nach § 8 HwO .....	67
b)	Eintragungspflicht auch für Ausländer? .....	67
c)	Ausnahmegenehmigungen gem. § 9 HwO .....	68
2.	Niederlassungsfreiheit.....	68
<b>D.</b>	<b>Europarechtswidriges deutsches Handwerk? .....</b>	<b>68</b>
1.	Europarechtlicher Maßstab für das Handwerk.....	69
2.	Ratsrichtlinie 64/427/EWG.....	69
3.	Übergangsregelung nach der EWG/EWR-Handwerkverordnung .....	69
a)	„Sechs-Jahres-System“ als Erleichterung für EU-Handwerker? .....	70
b)	Berufsbilder der Handwerksordnung .....	70
4.	Kein Liberalisierungsfahrplan durch die Ratsrichtlinie 64/427/EWG.....	70
5.	Europäische Dienstleistungsfreiheit und die Pflicht zur Eintragung in die Handwerksrolle .....	71
a)	Problematik einer punktuellen Dienstleistungserbringung im Inland.....	71
(1)	Rechtfertigung von Beschränkungen.....	71
(2)	Unterschiedlose Behandlung dienstleistender und niedergelassener Handwerker durch die Handwerksordnung .....	72
b)	Rückkehr in das Heimatland des Handwerker .....	73
c)	Das Urteil des EuGH vom 3.10.2000 .....	73
<b>E.</b>	<b>Gefahr der Inländerdiskriminierung .....</b>	<b>74</b>
1.	Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts .....	74
2.	Entscheidung des österreichischen Verfassungsgerichts- hofes .....	76
3.	Urteil des EuGH vom 3.10.2000.....	77
a)	Rechtssätze der Entscheidung .....	77
b)	Entscheidungsgründe .....	78
(1)	Rechtfertigung von Beschränkungen .....	79
(2)	Schlussfolgerung des EuGH .....	80
c)	Auswirkungen des EuGH-Urteils auf die deutsche Gesetzeslage .....	80
(1)	Niederlassungsfälle .....	82
(2)	Dienstleistungsfälle .....	82
(a)	Aufnahme der Tätigkeit .....	83
(b)	Tätigkeiten ohne Handwerksrolleneintragung .....	84
(c)	Eintragung in die Handwerksrolle ohne Ausnahmebewilligung .....	85
(d)	Kosten der Handwerksrolleneintragung; Ausstellung der Handwerkskarte .....	86
(e)	Zwangsmitgliedschaft in der Handwerkskammer.....	87
(f)	Fallgruppe der Handwerker, die das Ausnahmebewilligungsverfahren durchlaufen müssen.....	89
4.	Anpassung des nationalen Rechts .....	90
a)	Bereiche ohne Anpassungspflicht .....	90
b)	Anpassung an die Entscheidungssätze des EuGH-Urteils .....	91
(1)	Anpassungen an den ersten Entscheidungssatz .....	91

(2) Anpassung an den zweiten Entscheidungssatz	92
c) Anpassung an Folgerungen aus dem EuGH-Urteil	93
5. Europäisches Gemeinschaftsrecht und Inländerdiskriminierung	94
a) Das grenzüberschreitende Element	94
b) Verbot der Ausländerdiskriminierung	95
c) Lösungsansätze der Literatur	95
6. Fragen der Inländerdiskriminierung im Handwerksrecht	96
a) Fallgruppe Berufszulassung	97
b) Fallgruppe Berufsausübung	97
7. Gleichheitssatz Art. 3 Abs. 1 GG und Inländerdiskriminierung	98
a) Fallgruppe der Berufszulassung	99
(1) Lösungsansatz des Österreichischen Verfassungsgerichtshofs	99
(2) Übertragbarkeit der österreichischen Lösung auf das deutsche Handwerk	100
(3) Praktische Relevanz der „österreichischen Lösung“ für die Bundesrepublik Deutschland	101
b) Fallgruppe der Berufsausübung	102
(1) Keine Niederlassung in Deutschland	102
(2) Sonderregelung für lediglich vorübergehende Tätigkeiten eines Inländers?	103
8. Aushöhlung des Meisterbriefes	103
a) Umgehung nationaler Vorschriften	104
b) Gemeinschaftsrechtliche Kompetenzen für handwerkrechtliche Regelungen	104
9. Abschaffung des Großen Befähigungsnachweises	105
a) Bedeutung des Meisterbriefs für die Ausbildung im Handwerk	105
b) Bedeutung des Meisterbriefs für Qualität und Leistungsfähigkeit des Handwerks	105
10. Perspektiven	106

#### **F. Berufszulassungs- und Ausübungsregeln am Maßstab der Niederlassungsfreiheit**..... 106

1. Das Diskriminierungsverbot des Niederlassungsrechts	107
2. Die Niederlassungsfreiheit als ein Verbot der umgekehrten Diskriminierung.	108
3. Vereinbarkeit von deutschem Handwerksrecht mit der Niederlassungsfreiheit	111

#### **G. Handwerksnovelle zum 1.1.2004: Die rechtliche Zukunft des deutschen Handwerks im geeinten Europa**..... 111

1. Statistische Auswertung: Überwinden einer Strukturkrise durch die Handwerksnovelle?	113
a) Gesetzgeberische Intention	113
b) Umsetzung europarechtlicher Vorgaben durch die Handwerksnovelle	113
c) Zulassungsbeschränkungen nur in Gefahrenbereichen	114
(1) Neustrukturierung der Anlagen A und B zur Gewerbeordnung	114
(2) „Altgesellenregelung“	115

d)	Anpassungen des Ausnahmbewilligungsrechts nach § 9 HwO und der EU/EWR-Handwerk-VO .....	116
(1)	Änderungen der Handwerksordnung .....	116
(2)	Änderungen bei der Anwendung der EU/EWR-Handwerk-Verordnung durch die Handwerksnovelle .....	117
2.	Kritik des Handwerks an der Reform der Handwerksordnung .....	117
3.	Kritik der Literatur .....	118
4.	Eigene Stellungnahme: .....	119
<b>H.</b>	<b>Berufsausübungsregelungen im Deutschen Gewerberecht .....</b>	<b>121</b>
1.	Handwerkliche Organisation und europäische Integration .....	121
2.	Europarechtliche Fragestellungen: Pflichtmitgliedschaft und Grundfreiheiten .....	124
<b>I.</b>	<b>Parallele Betrachtungen zum allgemeinen Gewerberecht .....</b>	<b>125</b>
1.	Beschränkungen im Gewerberecht .....	125
a)	Gewerbeuntersagung, § 35 GewO .....	126
b)	Anzeigepflicht, § 14 GewO .....	127
2.	Mögliche Änderungen der Gewerbeordnung .....	128
a)	Gemeinschaftsrechtlicher „Novellierungsdruck“ .....	128
b)	Rechtfertigung von Beschränkungen .....	129
c)	Vollständige Liberalisierung der Gewerbeordnung .....	129
3.	Reforminitiativen .....	130
<b>V.</b>	<b>FÜNFTER TEIL: DIE INDUSTRIE UND HANDELSKAMMERN; KAMMERSELBSTVERWALTUNG AUS DEM BLICKWINKEL DES EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTSRECHTS .....</b>	<b>131</b>
<b>A.</b>	<b>Historischer Hintergrund .....</b>	<b>131</b>
<b>B.</b>	<b>Aufgabe der Industrie und Handelskammern .....</b>	<b>134</b>
1.	Wahrnehmung des Gesamtinteresses der gewerblichen Wirtschaft und Erledigung staatlicher Pflichtaufgaben .....	134
a)	Veränderung der Aufgaben durch Europa .....	135
b)	European Agencies .....	136
2.	Stellung der Kammern im europäischen Verwaltungsraum .....	136
<b>C.</b>	<b>Pflichtmitgliedschaft .....</b>	<b>137</b>
1.	Vereinbarkeit mit dem nationalen Verfassungsrecht .....	138
a)	Vereinigungsfreiheit, Art. 9 Abs. 1 GG .....	139
b)	Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG .....	140
c)	Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 GG .....	141
d)	Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 GG .....	141
(1)	Wahrnehmung legitimer öffentlicher Aufgaben .....	141
(2)	Legitime öffentliche Aufgabe .....	142
(3)	Verhältnismäßigkeit der Pflichtmitgliedschaft .....	143

e)	Grundrechtserheblichkeit der Pflichtmitgliedschaft.....	144
(1)	Eingriffsqualität der Pflichtmitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Verbänden.....	144
(2)	Einräumung einer begünstigenden Rechtsstellung mit gleichzeitiger Belastung .....	145
(3)	Unterscheidung zwischen Aufgabenverstaatlichung und der verwaltungsorganisatorischen Form ihrer Wahrnehmung .....	145
(4)	Kein grundrechtlicher Abwehranspruch gegen die Mitgliedschaft ..	146
2.	Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht .....	146
a)	Verstoß gegen Dienstleistungsfreiheit.....	147
b)	Verstoß gegen Niederlassungsfreiheit.....	147
(1)	Vorliegen einer Beschränkung.....	148
(2)	Rechtfertigung einer Beschränkung .....	148
c)	Vereinbarkeit mit Art. 11 EMRK.....	149
(1)	Auswirkung auf die nationalen Kammerverweigerer.....	150
(2)	Registrierungsproblem bei EU-Ausländern, Harmonisierungsbedarf ..	150
3.	Funktionsbedingungen der funktionalen Selbstverwaltung .....	151
a)	Weitgehende Entscheidungsspielräume der Mitglieder .....	151
b)	Integrationsrolle der Selbstverwaltungsträger .....	152
c)	Europaweiter organisatorischer Harmonisierungsbedarf .....	152
<b>D.</b>	<b>Ausblick.....</b>	<b>153</b>
<b>E.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>155</b>